



Ergebnisdokumentation

Landesnachhaltigkeitsstrategie Brandenburg

Dialogveranstaltung zum Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie

Potsdam, 6. Dezember 2013

Berlin, 20. Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

1.	Hintergrund	2
2.	Ablauf	2
3.	Arbeitsweise	5
4.	Teilnehmerinnen und Teilnehmer	6
5.	Wie schätzen Sie die Landesnachhaltigkeitsstrategie als Ganzes ein?.....	7
6.	Handlungsschwerpunkt: Wirtschaft und Arbeit.....	9
6.1	Stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik am Leitbild der Nachhaltigkeit.....	9
6.2	Naturressourcen als wirtschaftliches Potential einer nachhaltigen Regionalentwicklung.....	10
6.3	Nachhaltige Unternehmensführung als Chance wirtschaftlicher Entwicklung.....	11
6.4	„Gute Arbeit“, Fachkräftesicherung und Stärkung der Humanreserven	12
6.5	Partizipation bei Produktentwicklung, Produktion, Konsum und regionalwirtschaftlicher Entwicklung.....	13
7	Handlungsschwerpunkt: Lebenswerte Dörfer und Städte	14
7.1	Mobilität	14
7.2	Siedlungswasserwirtschaft.....	15
7.3	Gesundheitliche Versorgung.....	16
7.4	Sozialer Zusammenhalt	18
8	Handlungsschwerpunkt: Modellregion im Umgang mit Energie- und Klimawandel.....	19
8.1	Energie und Klimaschutz (Energiewende).....	19
8.2	Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimawandel).....	20
9	Handlungsschwerpunkt: Zukunftsfähige Finanzpolitik.....	22
9.1	Finanzpolitik.....	22
9.2	Haushaltspolitik und Verwaltungsmanagement	23
9.3	Förderpolitik	23
10	Handlungsschwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	25
10.1	Nachhaltige Bildung (NB)	25
10.2	Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).....	27
11.	Welche allgemeinen Anregungen haben Sie für die Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie?	29
12.	Programm der Veranstaltung	35
13.	Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer	36

1. Hintergrund

2010 fiel der Startschuss für die Landesnachhaltigkeitsstrategie Brandenburg. Schon damals war klar: Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen in den Erarbeitungsprozess einbezogen werden. Im Februar 2011 verabschiedete die Landesregierung die Eckpunkte der künftigen Nachhaltigkeitsstrategie, die daraufhin in breit angelegten Konsultationsprozessen mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, von Umwelt- und Naturschutzverbänden, mit Jugendlichen sowie den Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, bewertet und weiterentwickelt wurden. Die Ergebnisse dieses Dialogprozesses flossen in die Ausarbeitung eines Entwurfs der Nachhaltigkeitsstrategie mit ein. Der vorliegende Entwurf soll breit mit Bürgerinnen und Bürgern und mit zentralen Akteuren im Land diskutiert und durch sie kommentiert und bereichert werden. Hierzu hat das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, das in der Landesregierung federführend bei der Erarbeitung der Strategie ist, sowohl eine Onlinekonsultation als auch eine Dialogveranstaltung initiiert.

Auf den folgenden Seiten sind die Ergebnisse und Kommentare, die bei der **Dialogveranstaltung**, die am **6. Dezember 2013 in der Schinkelhalle in Potsdam** stattfand, dokumentiert. Die Ergebnisse der Dialogveranstaltung werden mit den Ergebnissen der Onlinekonsultation zusammengeführt und ausgewertet. Sie fließen in die weitere Bearbeitung der Landesnachhaltigkeitsstrategie ein. Im Frühjahr 2014 soll die endgültige Fassung von der Landesregierung verabschiedet werden.

2. Ablauf

Begrüßung durch Ministerin Tack

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßte Umweltministerin Anita Tack die Teilnehmenden. Auch den Rest des Tages war sie vor Ort, um an den runden Tischen den Dialog zu verfolgen. Heute ginge es um die Zukunft des Landes Brandenburg: Die große Aufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie sei es, die Enkeltauglichkeit des Landes zu sichern, so die Ministerin in ihrer Einführung. Der Wandel, den die Nachhaltigkeitsstrategie anstoßen soll, könne nur gemeinsam gestaltet werden und müsse in den Köpfen beginnen, unterstrich die Ministerin. Die Nachhaltigkeitsstrategie sei eine Strategie des Landes – nicht nur der Landesregierung – und Beteiligung daher ein unabdingbarer Bestandteil von Nachhaltigkeit in Brandenburg. Die Diskussion zum Entwurf der Strategie, sei mehr als ein Abschluss des Dialogs, so die Ministerin, sie sei gleichzeitig der Auftakt für die gemeinsame Umsetzung, die gemeinsame Aufgabe, das Land Brandenburg enkeltauglich zu machen.



Vortrag Prof Töpfer

Die Herausforderungen und Chancen, die sich für das Land Brandenburg aus dieser Aufgabe ergeben, wurden von Prof. Klaus Töpfer umrissen. Der ehemalige Umweltminister und Chef der UNEP ist heute mit dem Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam zuhause. Töpfer unterstrich die Bedeutung von Ländernachhaltigkeitsstrategien und verwies mit Blick auf das von-Carlowitz-Jahr auf die 300jährige



Geschichte der Nachhaltigkeit. Es sei gut, sich immer wieder bewusst zu machen, wo die Wurzeln der Nachhaltigkeitsdebatte liegen: In der Suche des Oberbergmanns von Carlowitz nach einem Konzept für den Umgang mit einer begrenzten Ressource, um die wirtschaftliche Entwicklung in seinem Land langfristig zu sichern. Die Pflicht, über das Wohl der zukünftigen Generationen nachzudenken, sei damals wie heute eine zentrale Aufgabe. Die die Konsequenzen unseres Handels auf die Zukunft abzuwälzen sei dabei immer eine schlechte Lösung.

Mit Blick auf den Strategieentwurf unterstrich Töpfer die Bedeutung von Demokratiefähigkeit für den Erfolg gerade von Nachhaltigkeitsprozessen. Die Idee des Beirats für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg aus dem Eckpunktepapier, die „6 P“ für Partizipativ, Positiv, Perspektivisch, Prozesshaft, Prüfbar und Politikübergreifend in die Strategie aufzunehmen, sei aus seiner Sicht ein sehr guter Ansatz. Damit werde ein weiterer wichtiger Punkt mitgedacht, nämlich die Veränderungsfähigkeit und damit auch die Fehlerfreundlichkeit, die für eine erfolgreiche Umsetzung entscheidend seien. Es ginge bei einer Nachhaltigkeitsstrategie nicht darum, etwas „in Stein zu meißeln“, sondern gestaltbare Entwicklungsräume zu schaffen, also prozesshaft und perspektivisch zu denken. Eine Nachhaltigkeitsstrategie sei umso besser, je veränderungsfähiger ihre Inhalte seien, betonte Töpfer. Andere müssten in der Lage sein, die Inhalte aufzugreifen und damit zu arbeiten. Starre Strukturen, so Töpfer, seien zudem den Herausforderungen unserer Zeit nicht gewachsen. Als Beispiel führte er den demografischen Wandel an, der uns vor die Herausforderung stellt, neu über die auf Wachstum angelegten Strukturen nachzudenken, denn immer häufiger hieße es nun, Rückbau statt Ausbau.

Die Umsetzung einer Nachhaltigkeitsstrategie sei in vielerlei Hinsicht ein technokratischer Prozess, aber im Idealfall würde sie aus der Bevölkerung erwachsen. Bei Beteiligung ginge es nicht um „das muss man dann auch noch machen“, betonte Töpfer, Partizipation sei aus der Geschichte des Konzeptes entstanden. Heute leben wir in einer wissensbasierten Demokratie: Die eigentlichen Entscheidungen fänden mehr und mehr außerhalb der Institutionen statt, so Töpfer. Es müsse also darum gehen, die Entscheidungsprozesse transparenter und offen zu gestalten.

Mit Blick auf die Umsetzung plädierte Töpfer zudem dafür, die große Vision, die wichtig sei, um die Menschen zu begeistern, mit umsetzbaren Schritten zu verbinden. Prüfbarkeit sei wichtig, um auf dem Weg zu steuern, er empfehle dabei jedoch „weniger ist mehr“. Abschließend unterstrich

Töpfer das „P für Positiv“: nicht Verzichtorientierung sei der Weg, den Nachhaltigkeit braucht. Für die gemeinsame Zukunft von bald 9 Milliarden Menschen brauche es Mut, Chancen zu erkennen und zu gestalten.

Diskussion auf Podium und in Tischrunden

Nach einer Diskussionsrunde mit Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Professor Dr. Dr. Klaus Töpfer, Institute for Advanced Sustainability Studies und Professor Dr. Manfred Stock, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung und Vorsitzender des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, diskutierten die Teilnehmenden in kleineren Tischrunden die Handlungsfelder und Maßnahmen des Strategieentwurfs.



Abschlussdiskussion

Nach Vorstellung der Ergebnisse aus der Diskussion zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie, wurde die Veranstaltung von Ministerin Tack und Vertretern der Landtagsfraktionen abgeschlossen. Die Ministerin lobte die sehr offene und anregende Diskussion und unterstrich, dass die Strategie eine Strategie des Landes Brandenburg sei: Kommunen, Bürger alle müssen sich engagieren. Bei Nachhaltigkeit gelte, wie bei vielen anderen Themen auch, „solange es nicht durch die Köpfe ist, wird es nichts.“



Frau von Halem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Brandenburg verwies auf die Bedeutung des Ausstiegs aus der Braunkohle: hierfür brauche das Land einen klaren Zeitplan. Die heutige Veranstaltung sei ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, so ihre Bilanz, und habe noch einmal gezeigt, dass man nicht vergessen dürfe, wie unterschiedlich die Perspektiven und wie groß der Diskussions- und Vermittlungsbedarf sei.

Frau Große von der Fraktion DIE LINKEN im Landtag Brandenburg griff den Gedanken von Prof. Töpfer auf und verwies darauf, dass die Nachhaltigkeitsstrategie ein veränderungsfähiges Dokument sei, eine Basis, die fortgeschrieben wird. Die Partizipation, die man heute und bis heute im Entwicklungsprozess gelebt habe, dürfe dabei auch in Zukunft nicht ins Hintertreffen gelangen. Auch dann, wenn dies immer wieder ein Kraftakt sei.

Prof. Schäfer, stellv. Vorsitzende des Nachhaltigkeitsbeirats, die gemeinsam mit dem Vorsitzenden Prof. Stock und weiteren Beiratsmitgliedern an der Diskussion teilgenommen hatte, betonte

zum Abschluss der Veranstaltung, man habe sehr genau hingehört und vieles mitgenommen, was auch aus Sicht des Beirats wichtig für die Strategie sei. Kernerfolgskriterien für den weiteren Prozess, so die Bilanz von Schäfer, seien – jenseits der Fachfragen – die gegenseitige Offenheit, das Mitnehmen in die tägliche Arbeit und Dinge zuzulassen, also Experimentierräume zu schaffen, um das große Potenzial, das in Brandenburg schon da sei, besser zu nutzen.

3. Arbeitsweise

Für die Arbeit an den runden Tischen wurde IFOK.ideactive, ein technikgestütztes, interaktives Partizipationsinstrument angewendet, mit dem in Echtzeit, standortübergreifend und für unterschiedliche Gruppengrößen variabel die Ideen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgenommen werden können. An 13 Tischen diskutierten Gruppen von ca. zehn Personen parallel dieselben Leitfragen zu den Handlungsfeldern des Strategieentwurfs sowie Kommentare aus der Online-Konsultation. Folgende Leitfragen führten die Teilnehmer durch die Diskussion:



- Wie schätzen Sie die Landesnachhaltigkeitsstrategie als Ganzes ein?
- Zu Ihrem Handlungsfeld: Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen? Fehlen noch wichtige Aspekte?
- Wo sehen Sie mögliche Konflikte mit Zielen in anderen Handlungsfeldern?
- Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein? Fehlen noch wichtige Maßnahmen?

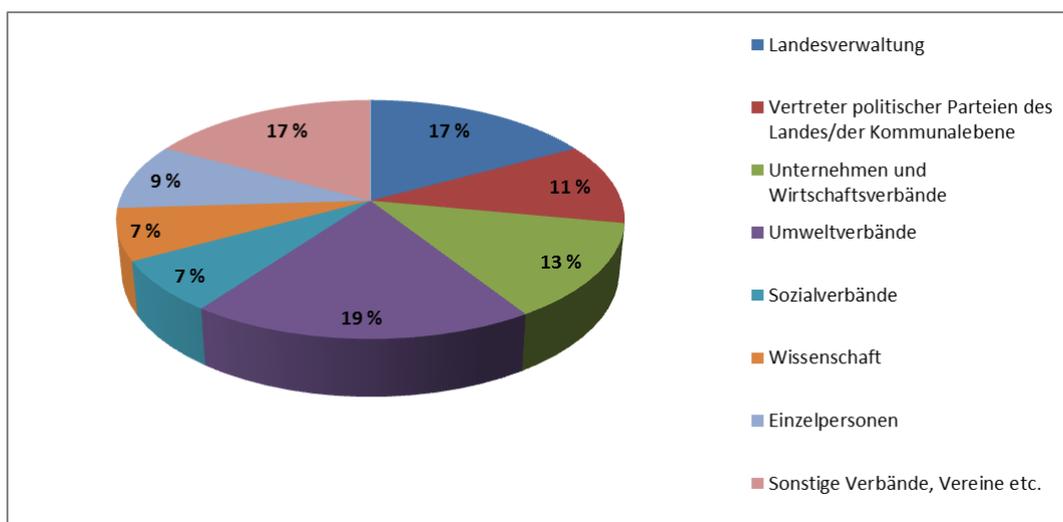
Die Diskussionen der einzelnen Gruppen wurden jeweils durch einen Moderator oder eine Moderatorin digital erfasst und anschließend von einem Regieteam in Echtzeit zentral zusammengeführt, gesammelt und sortiert.

Pro Tisch wurden ein bis zwei Handlungsfelder, wie sie im Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie definiert sind, diskutiert. Die Handlungsfelder Nachhaltige Unternehmensführung und Gute Arbeit, Sozialer Zusammenhalt und Gesundheitliche Versorgung sowie Finanzpolitik und Haushaltspolitik wurden jeweils gemeinsam an einem Tisch diskutiert. Darüber hinaus konnten alle Teilnehmenden die Strategie als Ganzes und die Schritte zur Umsetzung übergreifend kommentieren.



4. Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Über einhundert Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter aber auch Bürgerinnen und Bürger diskutierten an den einzelnen Tischen den Strategieentwurf. Die folgende Abbildung zeigt, dass alle gesellschaftlich relevanten Bereiche in der Teilnehmerschaft repräsentiert sind.



Die Ergebnisse der Tischdiskussionen finden Sie im Folgenden dokumentiert.

5. Wie schätzen Sie die Landesnachhaltigkeitsstrategie als Ganzes ein?

Vision & allgemeine Einschätzung

- Der Landesnachhaltigkeitsstrategie fehlt eine übergreifende Vision, die am Ende auch alle Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg mitreißen und begeistern kann. Die Landesnachhaltigkeitsstrategie ist momentan sehr nüchtern formuliert und es wird deutlich, dass sie ein politisches Kompromisspapier ist. Eine Nachhaltigkeitsstrategie ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie muss deshalb auch Angebote an zivilgesellschaftliche Akteure machen, sie mitzutragen und umzusetzen.
- Es ist sinnvoll und wichtig das Thema Nachhaltigkeit konkret anzugehen über die Landesnachhaltigkeitsstrategie. Es ist wichtig, weil Nachhaltigkeit ein Querschnittsthema ist.
- Landesnachhaltigkeitsstrategie kann ein Dach für die Einzelstrategien sein (zukünftiger Fahrplan für das Land). Hier sollte es eine Abstimmung mit den anderen Strategien geben.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie darf kein Papiertiger sein, entscheidend ist die Umsetzung. Das ist die größte Herausforderung.
- Die Ziele müssten vielmehr auf die konkreten Bedarfe Brandenburgs heruntergebrochen werden. Die bisherige Ausformulierung der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist sehr unkonkret. Davon lassen sich gerade KMU abschrecken. Es könnte bspw. ein Unterkapitel zum Thema „Was bedeutet Nachhaltigkeit für Brandenburg?“ ergänzt werden. Die Bedeutung für die einzelnen Regionen sollte noch stärker hervorgehoben werden, damit sie sich angesprochen fühlen.
- Die Landesnachhaltigkeitsstrategie ist kein visionäres Papier, eine Vision fehlt, die Landesnachhaltigkeitsstrategie zeigt die aktuelle Denke. Ohne Vision gibt es keine Einschätzung der Realität. Die Verzahnung des demografischen und energetischen Strukturwandels im ländlichen Raum wäre eine Vision.
- Die Themen Identität oder auch Heimatbezogenheit sind nicht ausreichend vertreten. Die im ländlichen Raum lebenden Menschen möchten dort wohnen bleiben. Dies kommt zu kurz.
- Der Leitbildentwicklungsprozess sollte stärker fokussiert werden. Gebraucht wird eine Zukunftsvorstellung – was wird in 30 Jahren sein – und die Berücksichtigung dessen.
- Die Verzahnung der Landesnachhaltigkeitsstrategie mit einer Nachhaltigkeitsstrategie Berlins sollte mehr Beachtung finden. Berlin und Brandenburg sind zwangsläufig miteinander verknüpft; das eine Land funktioniert nur bedingt ohne das andere Land.
- Eine allgemeine Problembeschreibung (bspw. zu Klimawandel) greift zu kurz. Es bedarf einer Problemanalyse. Vor welchen Problemen steht Brandenburg? Es sollte auf die konkreten Fragen aufmerksam gemacht werden.

- Der Staat darf die Durchsetzung von Partikularinteressen nur unterstützen, sofern sie dem Gemeinwohl nicht zuwider laufen. Es muss eine „Win-Win“ Situation geben. Gibt es „Verlierer“, müssen diese auch entschädigt werden.

Ergänzungen Themen

- Artenschutz und biologische Vielfalt finden zu wenig Berücksichtigung. Hierauf sollte künftig ein größeres Augenmerk gelegt werden. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der Großschutzgebiete zu beachten. Biodiversität wird zwar als schützenswert bezeichnet, aber taucht in dem Strategieentwurf explizit nicht als eigenes Thema auf. Der bestehende Maßnahmenkatalog zur Biodiversität des Landes Brandenburg ist nicht ausreichend.
- Das Thema Landnutzung ist in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht enthalten. Es sollte noch mit aufgenommen werden, da es einen essenziellen Faktor für das Land darstellt.
- Das Thema „gentechnikfreie Produkte“ fehlt in der Landesnachhaltigkeitsstrategie.
- Die Herausforderung „Demografischer Wandel“ wird zu sehr als unbeeinflussbar beschrieben. Es ist über die Gestaltung der Rahmenbedingungen möglich, die Entwicklung zu beeinflussen. Die Attraktivität einer Region kann gesteuert werden. Es sollte mehr thematisiert werden, dass es Handlungsspielräume gibt.
- Es fehlt das Thema „zukunftsfähige Landnutzung“. Dieser Schwerpunkt wird nicht ausreichend zentral in der Landesnachhaltigkeitsstrategie behandelt. Zum Beispiel hat die Landwirtschaft einen großen Einfluss auf die Qualität und Menge der Grund- und Oberflächengewässer.
- Der Ansatz der „Gemeinwohlökonomie“ fehlt vollständig in der Landesnachhaltigkeitsstrategie. Maßnahmen und Tätigkeiten sind laut diesem Ansatz unter ihrem positiven Einfluss auf das Gemeinwohl (u.a. Stärkung von regionalen Kreisläufen und sozialem Gefüge) zu betrachten. Gewinnorientierung von Unternehmen ist jedoch weiterhin zu berücksichtigen und auch legitim.
- Energietourismus und Energiekultur sind innovative, neue Ansätze.
- In der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist das Thema Landwirtschaft zu gering berücksichtigt, Brandenburg ist ein Agrarland.
- Das Thema Natur wird zu sehr der Wirtschaft untergeordnet. Der Wert der Landschaft, in der die Menschen in diesem Land leben, wird nicht aufgezeigt.
- Eine stärkere Verflechtung der Länder Berlin und Brandenburg in Bezug auf Nachhaltigkeit ist notwendig. Nachhaltigkeit in Brandenburg kann nicht ohne Berlin gedacht werden



Sonstige

- Eine Grafik wäre hilfreich, die darstellt, wie die einzelnen Handlungsfelder im Zusammenhang stehen und wo die Konfliktlinien stehen. Andererseits herrscht die Meinung am Tisch vor, dass sich erst mal auf den Text geeinigt werden sollte, um eine Grafik zu erstellen - vielleicht gibt es dann gewisse Konfliktlinien gar nicht mehr.
- Brandenburg hat eine lange Landesgrenze zu Polen. In der Landesnachhaltigkeitsstrategie wird über Nachhaltigkeit in Brandenburg gesprochen. Grenzübergreifende Konzepte bspw. hinsichtlich Bürgerversorgung fehlen. Wie kann Nachhaltigkeit grenzübergreifend gestaltet werden? Die Landesentwicklungszusammenarbeit sollte verstärkt werden.

6. Handlungsschwerpunkt: Wirtschaft und Arbeit

6.1 Stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik am Leitbild der Nachhaltigkeit

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Um mehr CO₂-Einsparungen zu realisieren, ist die landwirtschaftliche Fleischproduktion zu beschränken. Die negativen Auswirkungen der Fleischproduktion auf den Klimaschutz sind bedeutend. Vegane Ernährung kann einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Rohstoffbasis leisten. Eine pflanzenbasierte Kreislaufwirtschaft in der Landwirtschaft ist zu stärken.
- Die Bedeutung von internationalen Märkten für Brandenburger Unternehmen ist in der Landesnachhaltigkeitsstrategie unterrepräsentiert. Lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu berücksichtigen, aber für bestimmte Unternehmen muss der Zugang zu internationalen Märkten gesichert und ausgebaut werden.
- Die Entwicklungen in der Landwirtschaft sind durch bildungspolitische Maßnahmen zu begleiten. „Wir brauchen eine Ernährungswende“, um die bisherige Art der Nahrungsmittelproduktion zu ändern, insbesondere in Bezug auf zu lange und unökologische Transport- und Verarbeitungswege.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Landnutzungsstrategien sind ein hilfreiches Instrument, um Zielkonflikte zwischen wirtschaftlichen Interessen und ökologischen Aspekten zu lösen. Diese fehlen aber in der Strategie. Dabei ist der Grundsatz „Eigentum verpflichtet“ im Sinne der Nachhaltigkeit auszulegen: „Nicht nur nützen, sondern auch schützen.“ Insbesondere die unterschiedlichen Wege, Nachhaltigkeit zu erreichen sind dabei zu berücksichtigen. Jedoch müssen die Rechte der Landeigentümer im Zuge dieser Strategien gewahrt werden.
- Die Reform des EU-Agrarfördersystems muss vom Land Brandenburg genutzt werden. Ab dem 1.1.2014 ist die Möglichkeit gegeben, Gelder aus der flächenbezogenen Förderung (1. Säule; Empfänger: Betriebe) in die ländliche Entwicklung (2. Säule; Empfänger:

National- und Bundesstaaten) umzuschichten. Dies kann als Anreizsystem für eine nachhaltige Landwirtschaft in Verbindung mit einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums genutzt werden.

- Schaffung einer Ökobilanz für unterschiedliche Ebenen (z.B. Betriebe, Haushalte, Individuen, Landesebene, Nationalstaaten) zum Zwecke eines Soll-Ist-Vergleichs des nachhaltigen Handelns. Notwendig sind eine öffentliche Kommunikation dieser Ökobilanzen, bildungspolitische Begleitung und staatliche Förderung/Sanktionierung bei Erreichung/Nichteinhaltung der Zielbilanz.
- Nachhaltige Innovationen entstehen oft in Klein- und Kleinstbetrieben. Diese bedürfen einer schnelleren und unbürokratischen Finanzierung. Hier ist eine Vereinfachung des Förderrechts notwendig, die u.a. die bürokratische Hürde der Finanzierung durch Hausbanken ausschaltet. Die Folge wäre eine Akzeptanzsteigerung der Interessen der Antragsteller.
- Stärkere Nutzung der regionalen Bioenergieberatung (Coaching-Ansatz), um die Versorgung von Unternehmen durch Erneuerbare Energien zu fördern.

6.2 Naturressourcen als wirtschaftliches Potential einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Die Ressource Land ist zunehmend in die Hände von Investoren geraten, die keinen lokalen Bezug haben. Auch finanzielle Gewinne für die Gemeinden in Form von Steuern gehen hier oft verloren. Kurzum: „Wer das Land hat, hat die Macht.“ Dieser Problematik wird in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht genügend Rechnung getragen.
- Naturressourcen sind auch als Erholungsfaktor stärker zu betonen. Nicht nur der rein ökonomische Aspekt in Form von Ressourcenverwendung (i.S. von wirtschaftlicher Güterverwendung) zählt hier, auch Auswirkungen auf den Tourismus und die Naherholung, sind bisher nicht genügend berücksichtigt.
- Kleinwindenergieanlagen und Kleinwasserkraftanlagen könnten einen bedeutenden Beitrag zur dezentralen Energiewende leisten. Diese Erzeugungsmethoden von Energie sind in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht berücksichtigt (Trennung von Groß- und Kleinwindenergie). Konflikte mit dem Umwelt- und Artenschutz sind hier jedoch ebenfalls zu bedenken.
- Die effiziente Nutzung von Abfallenergie ist stärker in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu verankern.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Die Flurneuordnungsverfahren sind dahingehend auszugestalten, dass Nutzungskonflikte (z.B. Wildnisfläche vs. Interessen des Eigentümers) im Sinne einer nachhaltigen Landschaftsnutzung aufgelöst werden können.

- „Phosphat-Kreislauf“ muss über F&E-Investitionen geschlossen werden.
- Staatliche Förderung von Züchtung/Anbau der Blauen Süßlupine im Rahmen der Eiweißstrategie.
- Städtische und ländliche Lebenswelten sind zu verbinden. Dies kann beispielsweise in Form von Landerwerbsvereinen geschehen, die gemeinschaftlich die nachhaltige Landwirtschaft befördern. Ein anderes Beispiel sind Höfe aus dem ländlichen Raum, die in genossenschaftlicher Art Haushalte aus dem städtischen Raum an ihrer Produktion beteiligen.
- Stoffsenkungsstrategien sind zu implementieren, um CO₂ zu binden. Z.B. muss Melioration ökologischer gestaltet werden, um CO₂ verstärkt im Boden zu binden (Weiteres Beispiel: Renaturierung von Mooren).
- Beispielprojekt: "Ackerland in Verbraucherhand!" (OeLaLa e.V.)
- Holzasche ist als Nährstoffträger auf den Waldboden wiederaufzutragen, statt sie in Deponien zu bringen. Dies stärkt nachhaltig die Bodenqualität.

6.3 Nachhaltige Unternehmensführung als Chance wirtschaftlicher Entwicklung

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Das Leitbild ist gut formuliert (Zukunftsfähige Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaftsregion) und auch die Handlungsfelder im Handlungsschwerpunkt Wirtschaft und Arbeit sind gut benannt und kompakt formuliert.
- Das Zusammenführen der Managementsysteme in Unternehmen (Energiemanagement, Umweltmanagement, Arbeitssicherheit etc.) ist notwendig.
- Die Funktionalität der Umweltpartnerschaft ist für das Voranbringen der nachhaltigen Unternehmensführung zentral. Das ist der Ort um Nachhaltigkeitsmanagement in den Unternehmen voranzubringen. Die Vereinbarung der Umweltpartnerschaft muss auch umgesetzt werden, was zurzeit sträflich vernachlässigt wird.
- Regionale Wirtschaftsentwicklung ist entscheidend für eine Nachhaltige Unternehmensführung. Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen auch tatsächlich gestärkt werden.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Für ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in den Unternehmen braucht es angepasste Lösungen für kleine Unternehmen (wie das Brandenburger Umweltsiegel) und größere Unternehmen (ISO, EMAS). Frage: vorhandene Managementsysteme prüfen und anpassen oder etwas Neues entwickeln? Einfacher gerade für KMU ist es



an vorhandene Systeme anzuknüpfen als neue Managementsysteme einzuführen. Wenn für kleine Unternehmen die Anforderungen niedrig gehalten werden (Anforderungen, die teilweise sowieso erfüllt werden müssen wie Arbeits- und Gesundheitsschutz etc.) gelingt ein leichter Einstieg in die Managementsysteme.

- Das Brandenburger Umweltsiegel passt nicht in die „große“ Richtlinie der GRW- Wirtschaftsförderung sondern sollte in die „kleine“ Richtlinie der Wirtschaftsförderung aufgenommen werden.
- Unternehmen, die ein Nachhaltigkeitsmanagement machen, müssen Vorteile davon haben (nicht nur höheren Aufwand und höhere Kosten).
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sollten Betriebe z.B. mit Umweltsiegel bevorzugt werden. Dies gerät u.U. in Konflikt mit der Vergaberechtsetzung. Hier muss Klarheit geschaffen werden. Die Hochschulen als Kooperationspartner sollten auch bei den Maßnahmen mit aufgenommen werden (z.B. Weiterentwicklung des Umweltmanagements zu einem Nachhaltigkeitsmanagements, Entwicklung konkreter Projekte zum Zusammenführung der Managementsysteme (Energie-, Qualitäts- und Arbeitsschutz-Management) etc.)
- Wie können Unternehmen motiviert werden ein Nachhaltigkeitsmanagement zu nutzen? Offene Frage: Verpflichtend oder freiwillig? Die Landesregierung sollte dazu einen offenen Dialogprozess führen. Dies ist u.a. die Aufgabe der Umweltpartnerschaft.
- Die Vorbildrolle der Landesregierung bzw. der öffentlichen Hand insgesamt ist von hoher Bedeutung für die Umsetzung eines Nachhaltigkeitsmanagements im Land.

6.4 „Gute Arbeit“, Fachkräftesicherung und Stärkung der Humanreserven

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Das Land Brandenburg wurde lange als Niedriglohn-Standort propagiert, was als Fehler anzusehen ist. Gute Leute wandern ab bei schlechten Bedingungen.
- Die Qualität der Arbeit ist entscheidend für den Erfolg. Billigmentalität bei Unternehmen und Konsumenten weisen in die falsche Richtung.
- Unternehmen müssen sich Fachkräfte selbst ausbilden. Sie müssen Perspektive bieten für Arbeitskräfte und Fachkräfte. Das Land insgesamt muss sich da positiv positionieren
- Positives Beispiel: Jobcenter Uckermark ist gegen Billiglohn vorgegangen.
- Das Leitbild für Wirtschaft und Arbeit ist gut formuliert (Zukunftsfähige Arbeit in einer nachhaltigen Wirtschaftsregion) und auch die Handlungsfelder im Handlungsschwerpunkt Wirtschaft und Arbeit sind gut benannt und kompakt formuliert.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Die Maßnahmen, die in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu „Guter Arbeit“ formuliert sind, sind weitgehend und passend. Problematisch ist allenfalls, dass hier konkrete Schritte und Zeithorizonte der Umsetzung fehlen.

6.5 Partizipation bei Produktentwicklung, Produktion, Konsum und regional-wirtschaftlicher Entwicklung

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Frühzeitiger Einbezug von Kommunen und Betroffenen bei Investitionsplanungen sollte Ziel sein: Verwaltung und Politik müsste sich komplett öffnen und von Anfang an Akteure beteiligen, schon sobald der Gedanke eine Investition beginnt. Das muss verbindlich festgelegt werden, nicht als Appell. Es muss auf Augenhöhe verhandelt werden können zwischen allen Beteiligten (Investoren, Bürger, Verwaltung). Kommunen brauchen dazu eine Kommunikationsstrategie zur Verhandlung mit den Investoren sowie Verbindlichkeit für die frühzeitige Beteiligung. Es ist nötig zu definieren, wer das tun soll: frühzeitig und stärker einbeziehen?
- Auf S. 24 sollten in der Rubrik „Ziele“ die letzte beiden Spiegelstriche konkretisiert werden: wer strukturiert und steuert den Prozess?

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Vorschlag: Das Land soll Modellprojekte fördern, wie Produkte aus der Region und für die Region entstehen.
- Die Öffentliche Hand sollte als Großkonsument mit gutem Beispiel vorangehen und nachhaltig beschaffen, bauen, konsumieren. Dieses Thema sollte ins Handlungsfeld aufgenommen werden und nicht nur in Kapitel C erwähnt werden.
- Zur Maßnahme „Dialog konkretisieren“: Gute Praxisbeispiele kommunizieren. Das Rad muss nicht immer neu erfunden werden, es gibt schon sehr viele gute Praktiken wie z.B. Sharing-Initiativen, diese müssen jetzt aufgezeigt, veröffentlicht, unterstützt und ausgeweitet werden. Wir brauchen einen gezielten Dialog der zuständigen Landesverwaltung mit den Akteuren mit dem Ziel des Erfahrungsaustauschs und der Verallgemeinerung der konkreten Erfahrungen.
- Die Formulierungen der Maßnahmen sind zu allgemein, es wird nicht konkret benannt, wer jeweils zuständig ist?
- Thema Befähigung: In Brandenburg ist das unternehmerische Denken zu schwach ausgeprägt. Es muss mehr Bildung zu unternehmerischen Denken geben - beginnend bei der Jugend. Unternehmerisches Denken muss gefördert werden.
- Zur Maßnahme: „Aufbau von Netzwerkknoten zum Beteiligungsmanagement“: Wer soll die aufbauen? Wer sollen die sein? Dem Aufbau muss eine Analyse zu bereits bestehenden Netzwerkknoten vorausgehen.
- Fachberatung/Zentrale Stelle schaffen, die sich in Brandenburg darum kümmert, ob bzw. welche Produkte in der Region entwicklungsfähig und vermarktbar sein können. Anlaufstelle zur Vernetzung von „Ideeengebern“ mit denjenigen, die diese umsetzen könnten. Z.B. „Vernetzungsstelle regionale Produkte“.

- Vorschlag: Das Thema „Biologische Vielfalt und Landnutzung“ sollte 1. jetzt als Schwerpunktthema mit in die Strategie aufgenommen und 2. umgehend im Dialogprozess angegangen werden.

7 Handlungsschwerpunkt: Lebenswerte Dörfer und Städte

7.1 Mobilität

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Die Bürger können sehr viel selber tun, um die Lebensqualität in ihrem Ort zu verbessern. Es gibt unzählige gute Beispiele, die an vielen Stellen bekannt gemacht werden. Die Informationsangebote bestehen. Vor Ort müssen diese z.T. noch besser genutzt werden.
- Bei den Anforderungen an Mobilität müssen die Bedürfnisse der jungen Menschen gesondert berücksichtigt werden. Jugendliche brauchen eine Alternative, um selbstbestimmt mobil zu sein. Dann ist die Chance größer, dass sie sich mit ihrem Ort identifizieren.
- Ansprüche und Vorgaben an die Mobilität sollten auf dem Land andere sein als in der Stadt. Es sollte mehr Spielraum bei Vorgaben geben, weil diese auf die Situation auf dem Land z.T. nicht passen. Beispiel: Vorgabe für die Zeit bis der Notarzt da ist.
- Auch Emissionsarmut und Lärmreduzierung sollen Ziele bei der Gestaltung von Mobilität sein.
- Der Gleichwertigkeitsgrundsatz erzeugt Probleme, da die Situation auf dem Land je nach Region sehr unterschiedlich sein kann. Die Kommunen sollen Freiräume haben, zu entscheiden, was für sie notwendig ist.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Infrastrukturmaßnahmen müssen zu Ende gedacht werden, d.h. Mobilitätsketten müssen neu durchdacht und die Schnittstellen optimiert werden (Umsteigeoptionen, Fahrradparkplätze, Wartehallen, etc.). Bei den Mobilitätsketten besteht insbesondere für Zug und Fahrräder Handlungsbedarf. Zielgruppenorientierte Jahrestickets (z.B. für Schülersausflüge) wären sehr wünschenswert. Die Erschließung von Ausflugszielen mit dem ÖPNV sollte nachhaltiger und effizienter gestaltet werden.
- Ein Ziel ist, dass die Waren-Mobilität durch eine regionalere Versorgungsstruktur reduziert wird. Hier könnten Portale gefördert werden, die die Angebote bekannter und leichter zugänglich machen.

- Der Aspekt der Nachbarschaftshilfe soll stärker hervorgehoben werden. Beispiele sind selbstorganisierte Mitfahrmöglichkeiten, Einkaufen für andere und die gemeinsame Fahrt zum Arzt. Hier könnten internetgestützte Portale die Organisation erleichtern.
- Sinnvoll ist die Bündelung von Dienstleistungen (Ärzte, Physiotherapeuten, Ämter) an einem Ort, um Wege effizienter zu gestalten.
- Bedarfsanalysen für Mobilitätsprobleme sind ein wichtiges Instrument, bevor Maßnahmen ergriffen werden. Dabei sollten auch Bewegungsströme, Altersstruktur, etc. berücksichtigt werden.
- Mobilitätsbildung wäre ein wichtiger Stellhebel. Kinder und Jugendliche sollen frühzeitig lernen, dass es Alternativen zum Auto gibt.
- Bei Maßnahmen sind oft Verwaltungs- und Ressortgrenzen große Hindernisse. Lösungen bei der Infrastruktur sollen nicht an Verwaltungs- und Ressortgrenzen scheitern.
- Attraktivität des ländlichen Raums für junge Menschen steigern: Man kann günstige Kredite anbieten, um Land kaufen zu können. Ideal ist es, wenn Immobilien (z.B. Gehöfte) so angepasst werden, dass mehrere Generationen zusammen leben können.
- Kombi-Busse sind eine sehr effiziente Maßnahme, um den Personenverkehr mit dem Transport von Gütern zu kombinieren. Dies sollte gefördert und die Rahmenbedingungen dafür erleichtert werden.
- Das Angebot von Disco-Bussen ist eine gute Einrichtung für die Lebensqualität der Jugendlichen.
- Angebote wie Sammeltaxis sind sehr sinnvoll und leicht zu realisieren.
- Modellprojekt in Brandenburg: App als Mitfahrbörse für eine Kommune
- Es ist wichtig, die Mobilitätsbedürfnisse der verschiedenen Zielbedürfnisse gesondert zu berücksichtigen (Ältere, Kinder, etc.). Auch Fußgängerwege und fußläufige Entfernungen sollen gezielt in den Blick genommen werden.
- Es sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Mobilität sich nicht nur auf das Ankommen bezieht, sondern auch der Weg wichtig ist. Dadurch wird die Gemeinschaft gestärkt, es wird eine Identität für den Ort entwickelt und entschleunigt.

7.2 Siedlungswasserwirtschaft

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Vorsorgende Wasserwirtschaft: Die Schadstoffe müssen an der Quelle beseitigt oder vermieden werden. Der Kreislauf beginnt mit der Einleitung des Wassers. Es darf nicht erst am Ende z.B. über die Trennung der Stoffe usw. gesprochen werden. Dieser Punkt kann unter „Gewässerzustand“ und unter „Hohe Qualität“ ergänzt werden.



- Klärschlammverwaltung und -nutzung sollte im Zuge von Öffnungsmöglichkeiten weiterverfolgt werden und es sollten keine pauschalen Regeln festgelegt werden, die den flexiblen Umgang mit Klärschlamm blockieren lassen (Bsp. Koalitionsvertrag).
- Klimaverträglichkeit der Siedlungswasserwirtschaft bei Starkregenereignissen: Es sollte ein Konzept entwickelt werden, wie man Systeme ertüchtigt, die bei Starkregenereignissen eine Trennung vorsehen. Bei Rückbauabsichten kann man gleich beachten, wie dies als Puffer für die Einspeisung bei Starkregen genutzt werden kann.
- Vorranggebiete für die Trinkwassergewinnung sichern nachhaltig die Trinkwasserversorgung.
- Nicht nur einzelne Themen anschauen, sondern ganzheitlich betrachten. Hier kann man sich den Ansatz des parallel stattfindenden Leitbildprozess anschauen. Unter dem Stichwort Partizipation sollten die Themen wie Struktur, Rechtliches usw. gemeinsam diskutiert werden. In der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte ein Verweis erfolgen: Ist das Thema Nachhaltigkeit genug beachtet?
- Konkretisierung der Abrechenbarkeit: Wie werden die Indikatoren in der Endfassung berücksichtigt und wie sieht es mit der konkreten Umsetzung aus? Es sollte eine klare Nachhaltigkeitsprüfung und ein kohärentes Monitoringsystem eingebaut werden. Wie sieht der Prozess dorthin aus?
- Wie können Austausch und Vernetzung mit anderen Weltregionen stattfinden, um für z.B. den Umgang mit Starkregenereignissen Anregungen zu bekommen?
- Es sollte anstelle von „Klärschlammnutzung“ von „Klärschlammverwertung“ gesprochen werden.

7.3 Gesundheitliche Versorgung

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- In Dörfern müssen andere Ansätze verfolgt werden als in der Stadt. Teilweise können Infrastrukturen nicht vorgehalten werden. Maßstäbe aus der Stadt können nicht auf den ländlichen Raum angewendet werden.
- Der NHB hat in seinem Eckpunktepapier eingefordert, das nicht ausgehend von der städtischen Infrastruktur her gedacht werden darf, sondern von den Bedürfnissen vor Ort. Dieser Perspektivwechsel wurde nicht in die Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgenommen.
- Das Thema Pflege wird in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht ganzheitlich betrachtet. Bestimmte Fragen bleiben bislang unberücksichtigt: Wie stellen wir uns zukünftig die Pflege von Kranken vor? Wenn die Verwandtschaft weggezogen ist, wie kommt bspw. ein demenzkranker Mensch an seine Versorgung? Kommt die Versorgung zu ihm oder muss er zur Versorgung kommen? Wie geht es dann weiter? Welche Versorgung gibt es vor Ort, gerade im ländlichen Raum?
- Es gibt eine massive Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen durch die Medien. Es fehlen Zeit und Räume, dass Kinder „frei“ spielen können. Wünschenswert wäre neben

dem Versorgungsaspekt auch, die Bedingungen im Vorfeld (Prävention) zu berücksichtigen.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Themen wie Kindheit und Gesundheit sollten stärker verknüpft werden. Kinder haben heute beispielsweise lange Schulwege und bewegen sich zu wenig. Es wird zu oft eindimensional gedacht, anstatt themenübergreifend über sinnvolle Präventivmaßnahmen für eine langfristige Gesundheit der Menschen zu sprechen.
- Die notwendige Anpassung des Zulassungssystems für Ärzte muss in die Landesnachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden. Die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für Ärzte wäre wichtig, um ländliche Räume auch abzudecken. Ist der Bedarf in der Stadt gedeckt, sollte es keine weiteren Zulassungen für Ärzte geben.
- Eine Umstrukturierung von Krankenhäusern in strukturschwachen Regionen sollte mit dem Ziel verfolgt werden, die Versorgung zu verbessern. Die Verknüpfung von Krankenhäusern mit medizinischen Versorgungszentren im ländlichen Raum sollte aufgenommen werden.
- Es ist zu prüfen, welche Kompetenzen das Land hat, um mehr im Bereich der Gesundheitsversorgung zu gestalten.
- Kann das Land festgelegte Standards bezüglich der fachlichen Qualifikation von medizinischem Personal flexibilisieren: (gemäß dem in England erfolgreichen Konzept von Community Medicine). Können beispielsweise Krankenschwestern Aufgaben von Ärzten übernehmen?
- Der NHB hatte den Vorschlag, Umfragen nach dem Bedürfnis nach Gesundheitsversorgung in der jeweiligen Region vorzunehmen. Nur so können Ziele benannt werden und Maßnahmen abgeleitet werden. Erst auf Basis der Erkenntnis aus der empirischen Untersuchung können die richtigen Maßnahmen abgeleitet werden. Varianten der medizinischen Versorgung sollten im Dialog mit den Bürgern vor Ort diskutiert werden. So wird eine optimale Gesundheitsversorgung erreicht.
- Das AgnES-Konzept wurde bereits gut angenommen und läuft sehr gut. Beispielsweise gibt es Schulungen für Krankenschwestern. Daher müsste der Punkt in der Landesnachhaltigkeitsstrategie nicht mehr auftauchen.
- An den traditionellen Krankenhauskonzepten des Landes wird in der Landesnachhaltigkeitsstrategie festgehalten. Die Belegungsquoten sind in einigen Regionen allerdings zu niedrig, um die Krankenhäuser wirtschaftlich zu betreiben. Eine Umstrukturierung ist nötig, medizinische Versorgungszentren (Fachsparten wie Onkologie zentralisieren) bieten sich an. Aktuell werden Ressourcen vorgehalten, die nicht genutzt werden, da die Bevölkerung vor Ort fehlt.
- Die angegebenen Maßnahmen zeigen die landesbezogenen Steuerungsmöglichkeiten sehr schön.

- Die Verträglichkeit zwischen der Ausgangssituation, dem Handlungsbedarf und den Maßnahmen sollte in der Landesnachhaltigkeitsstrategie geprüft werden. Sind Maßnahmen in ausreichendem Maße vorhanden, um die vorher definierten Ziele zu erreichen?
- Gesundheit ist zur Ware geworden. Die Gesundheitspolitik wurde Verwertungsinteressen geopfert. Bestimmte Entwicklungen in den Krankenhäusern sind allein durch wirtschaftliche Interessen gesteuert. Es muss ein Mittelweg zwischen ökonomischen Aspekten und den Bedürfnissen der Menschen gefunden werden.

7.4 Sozialer Zusammenhalt

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Es besteht eine große Diskrepanz. Einerseits überaltert die Gesellschaft (neue Altenheime müssen gebaut werden), andererseits ist die Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Wie gelingt es, ältere Menschen so aktiv zu erhalten, dass sie als aktive Teile der Gesellschaft lange zur Verfügung stehen. Sie müssen „ermuntert“ werden.
- Partizipation im Ehrenamt kommt in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu kurz. Den Vereinen in Brandenburg fehlen viele Mitglieder. Die Organisationsstrukturen können teilweise nicht ausreichend beibehalten werden. Für innovative Konzepte zur Mobilisierung älterer Menschen werden die Organisationsstrukturen aber benötigt. Diese kostet Geld. Im ländlichen Raum ist das Problem gravierend.
- Die Dienstleistungsfunktion von Verwaltung wird immer schlechter. Dies liegt daran, dass Förderrichtlinien durch Bürokratie völlig überzogen werden.
- Die Stärkung des Ehrenamts ist zwingend nötig. Es sollte darüber nachgedacht werden, wie die Stärkung aussehen kann (finanziell, Anerkennung, Infrastruktur, Einbeziehung). Ein Ehrenamt verdient Respekt.
- Sozialer Zusammenhalt ist die Voraussetzung für eine gute gesundheitliche Versorgung. Der Mensch ist ein Gemeinschaftstier. Wenn ihm die Gemeinschaft fehlt, wird er krank.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Das Thema Energie könnte ein Ansatzpunkt sein, um die Zusammenarbeit und das Miteinander zu fördern. Gemeinnützige Genossenschaftsmodelle sind gute Ansätze.
- Wiederbelebung der Ortszentren ist der Dreh- und Angelpunkt. Ein Ort für die Mindestversorgung und für den Zusammenhalt muss geschaffen werden. Das Land muss eine Vorbildfunktion ausüben. Das Land muss verstärkt in die Pflicht genommen werden.
- Eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung neuer Medien sollte Voraussetzung für mögliche Maßnahmen sein. Besteht vor Ort kein Bedarf, ist dies nicht der richtige Weg.
- Die Maßnahme „Unterstützung von Nachhaltigkeitsnetzwerken“ ist ganz zentral, diese Netzwerke gilt es zu befähigen.
- Die Maßnahmen greifen zu kurz und sind zu schwammig formuliert. Was steckt hinter der „Verknüpfung des städtischen und ländlichen Raums“?
- Beispielkommune für sozialen Zusammenhalt: Atterwasch

- Den Menschen in den Dörfern muss der Rücken gestärkt werden, Projekte wie sie das energieautarke Dorf Feldheim umgesetzt hat, realisieren zu können. Feldheim hat damit viel Aufmerksamkeit erhalten.
- Pritzwalk als größte Flächengemeinde hat einen Gemeindebus, ein fahrendes Bürgerbüro. Dort kann allen relevanten Verwaltungsaufgaben nachgegangen werden. So können auch Bürger in ländlichen Gebieten gut erreicht werden. Wie kann dies flächendeckend erreicht werden?
- Kultur kommt im ländlichen Raum oft zu kurz. Gibt es von Seiten der Landesregierung nicht auch Möglichkeiten, Kultur wiederzubeleben? Rädicke in Fläming hat beispielsweise eine Bücherei in einer Kneipe. Es bedarf innovativer Konzepte.
- Es gibt schon Dorfbewegungen in Brandenburg (bspw. der Tag der Dörfer). Daran sollte angeknüpft werden.
- Ziele und Maßnahmen zum Sozialen Zusammenhalt können nicht ohne Berücksichtigung der Arbeitswelt definiert werden. Dies ist in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zu schwammig. Die Querverbindung zur Arbeitswelt fehlt völlig.
- Die Gemeindegebietsreform entmachtet die kleinen Gemeinden. Die nächste Strukturreform steht auch wieder an. Wenn die Leute aber in einer Gemeinde mitbestimmen sollen, müssen auch die Bedingungen geschaffen werden. Bei vielen kommt hier ein „Gefühl der Entmündigung“ auf.
- Viele soziale Treffpunkte wie Kinos, Supermärkte sind im ländlichen Raum verschwunden. Gibt es nicht Möglichkeiten, diese unter Mithilfe des Landes zu reaktivieren? Eine kommunale Gemeinschaft lebt aber gerade von diesen Räumen.
- Die Maßnahmen sind in diesem Abschnitt eher Ziele.

8 Handlungsschwerpunkt: Modellregion im Umgang mit Energie- und Klimawandel

8.1 Energie und Klimaschutz (Energiewende)

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Für den Aufbau von Erneuerbaren Energien (alle Formen inkl. Infrastruktur/Leitungen) bedarf es einer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien, die auch den perspektivisch erforderlichen Rückbau mit einschließen.
- Der Braunkohle-Abbau und die Verstromung von Braunkohle finden in



Brandenburg aus wirtschaftlichen Gründen und zur Sicherung der Energieversorgung statt. Fraglich ist jedoch, ob die Aufrechterhaltung dieser Energieerzeugung „enkeltauglich“ ist. In der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist ein Ausstiegsszenario für Braunkohle unabdingbar. Der Strukturwandel muss dabei langfristig (Legislaturperioden-übergreifend) geplant werden („Mut zur Zukunft“) und Perspektiven für die Beschäftigten im Braunkohle-Sektor beinhalten.

- Den Punkten im Leitbild zum Handlungsschwerpunkt wird zugestimmt. Sie sollten in der Strategie in Ziele und Maßnahmen unteretzt werden. Zusätzlich sollte die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien auch in der Landnutzung eine stärkere Berücksichtigung finden.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Die Maßnahme „Anpassung der Braunkohleverstromung an Nachhaltigkeitsgesichtspunkten“ zielt nicht auf eine nachhaltige Entwicklung ab, da die Vereinbarung zwischen dem Land Brandenburg und Vattenfall die Braunkohle fördert. Stattdessen müsste in der Landesnachhaltigkeitsstrategie ein Ausstiegsszenario für Braunkohle integriert werden. Dieser Aspekt bedarf bei den Maßnahmen einen eigenen Absatz mit folgenden Unterpunkten: Strukturwandel sozial gestalten, Nutzung der Steuerungsmöglichkeiten des Staates, Partizipation, Zeitschiene zum Ausstieg („Keiner fordert den Ausstieg sofort, aber es darf keine neuen Tagebaue und Braunkohlekraftwerke geben“).
- Die Maßnahme „Ausweisung von Zonen in der Regionalplanung“ sollte aus dem Entwurf der Strategie gestrichen werden. Sie stellt eine besondere Spezifikation dar, die nur einen geringen Mehrwert zur Planung von Windenergiekraftwerken hätte.
- Bei der Maßnahme „Weitere Maßnahmen“ ist hinzuzufügen, unter welcher Zielstellung sich die Landesregierung an der Weiterentwicklung des EEG und des EnWG beteiligen möchte.
- Als neue Maßnahme wird ein Nachhaltigkeits-Check für Pläne, Programme und Strategien der Landesregierung gefordert.
- Als neue Maßnahme wird eine Wirkungsanalyse der bestehenden Rahmenbedingungen des Landes Brandenburg vorgeschlagen hinsichtlich ihres Beitrags zur Energiewende.
- Bei der Maßnahme „Stärkung der wirtschaftlichen Beteiligung“ sollte auch die finanzielle Beteiligung breiter gesellschaftlicher Gruppen integriert werden (z.B. über Genossenschaften).

8.2 Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Klimawandel)

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Der Aspekt des Wasserhaushalts kommt in diesem Kapitel zu kurz. Klimaszenarien sagen, dass wir extreme Probleme mit dem Wasserhaushalt bekommen werden. Dies wirkt sich auf die Landwirtschaft und die Wasserversorgung allgemein aus.

- Der Rückbau der klimarelevanten Messstellen sollte gestoppt werden. Die Kommunen brauchen die Informationen und Daten, um zu sehen, wie die Lage diesbezüglich vor Ort ist – gerade weil zum Beispiel der Wasserhaushalt so ein wichtiges Thema in Brandenburg ist. Es sollte eine Absprache mit den Kommunen erfolgen, wo neue Messstellen erforderlich sind. Ein intensiver Austausch zwischen den verschiedenen Ebenen (Land und Kommune) ist wichtig.
- Es wird empfohlen, eine Grafik zu erstellen, die die Ziele und Indikatoren des Handlungsfeldes übersichtlich darstellt. Es gab jedoch auch gegensätzliche Meinungen dazu. Diese sagten, dass eine Grafik schwierig ist, da die Komplexität des Themas schwer darstellbar ist.
- Auf Seite 35 ist die aktuelle Zahl 59,5 Mio. Tonnen und nicht 58,7 Tonnen CO₂. Das heißt, seit 5 Jahren steigen die CO₂-Emissionen in Brandenburg wieder an, weil die Braunkohlekraftwerke wieder verstärkt genutzt werden.
- Internationaler Austausch fehlt im Handlungsfeld. Was machen andere Länder zu diesem Thema? Wie kann man voneinander lernen? Brandenburg kann von anderen lernen, aber auch gleichzeitig Vorbild für andere sein. Es ist wichtig, diesen Aspekt mit aufzunehmen.
- Zu möglichen Konflikten zwischen den Handlungsfeldern wird gesagt, dass die Braunkohleverstromung abzubauen konfliktreich sein könnte, da das mit Arbeitsplatzabbau einhergeht. Rechtzeitig alternative Beschäftigungsoptionen zu bieten, ist wichtig.
- Ziele sollten flexibel anpassbar sein, nicht einzementieren, sondern immer wieder neu spiegeln und reflektieren, ob der eingeschlagene Weg richtig ist und wirklich der Nachhaltigkeit dient. Dies sollte so festgehalten werden.
- Wenn wir weiter fossile Energien nutzen, haben wir Kosten, die bislang in der Kostendebatte nicht berücksichtigt werden. Auf diese Kosten sollte in der Landesnachhaltigkeitsstrategie verwiesen werden. Direkte und indirekte Kosten sollten aufgegriffen werden.
- Zwischen Energiewende und Klimawandel sollten die Zusammenhänge dargestellt. Denn die Energiewende ist ein notwendiger Schritt, um die Anpassung an den Klimawandel zu erleichtern. Daher sollte auch „Energiewende“ wieder in die Überschrift.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Ein Nachhaltigkeitscheck für Landesprogramme sollten bei den Maßnahmen aufgenommen werden. Der wurde entwickelt, taucht aber kaum noch auf. Alle Themenfelder sollten dem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden. Vorhandene gesetzliche Instrumente zur Nachhaltigkeitsprüfung sollten weiterentwickelt werden.
- Der Ausbau des Grundwassermessnetzes und des zugehörigen Informationsnetzes sollten als Maßnahmen aufgeführt werden. Kommunen sollen bei der Suche weiterer Messstellen einbezogen werden. Fortführung des Wasserhaushaltsmanagements sollte er-

wähnt werden. Grundsätzlich sollten Kommunikationsstrukturen bzgl. aller klimarelevanten Daten ausgebaut werden.

- Wichtige Kommunikation zwischen allen Verwaltungsebenen soll bzgl. klimarelevanter Aspekte gefördert werden. Und dabei auch berücksichtigen, dass die Informationen bei den Bürgerinnen und Bürger ankommen.
- Die erfolgreiche Politik im Bereich Hochwasserschutz fortzusetzen, wird als wichtige Maßnahmen angesehen. Interdisziplinäre Lösungskonzepte zu finden, ist dabei ein wichtiger Aspekt. Risikomanagementplanung auf andere Bereiche neben dem Hochwasserschutz, in dem das bereits passiert, ausdehnen,
- Die Vorsorge- und Katastrophenschutzdienste zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels sollten überprüft werden. Es sollte ein Warnsystems für Extremwetterlagen entwickelt werden. Dies umfasst Katastrophenvorsorge sowie die Bürgerinnen und Bürger für den Umgang mit diesen Situationen zu stärken. Hier könnte in Blick auf die internationale Ebene helfen, auf der es bereits gute Beispiele dafür gibt."
- Länderübergreifende Zusammenarbeit durch internationale Zusammenarbeit ergänzen.
- Planungsinstrumentarium in der Regionalplanung für die Risikobestimmung des Klimawandels zu erweitern ist eine weitere Maßnahme, die aufgenommen werden sollte.
- Zum Handlungsfeld Energie: Die Glaubwürdigkeit der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte gewährleistet werden. Die Anpassung der Braunkohleverstromung an Nachhaltigkeitsgesichtspunkte ist nicht glaubwürdig, denn nachhaltige Braunkohleverstromung gibt es nicht. Dieser Satz setzt die Energiestrategie 2030 außer Kraft.

9 Handlungsschwerpunkt: Zukunftsfähige Finanzpolitik

9.1 Finanzpolitik

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Die Mittelknappheit der öffentlichen Hand sollte dazu führen, dass Privatvermögen mehr in die Finanzierung von Projekten der öffentlichen Hand oder auch zur Erreichung von Zielen der öffentlichen Hand wie zum Beispiel zum Erhalt von Versorgungsstrukturen eingebunden werden. Dies könnte z.B. über NHGs erfolgen, die Gelder einsammeln und für geeignete Projekte ausreichen.
- Die regionalunterschiedliche Leistungsfähigkeit der Kommunen muss auch zu entsprechend differenzierten Finanzierungsinstrumenten führen. Diese müssen aber aus einer breiten Angebotspalette freiwillig "auswählbar" sein.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Die kennzahlengestützte Haushaltsführung ist den Kommunen bereits vorgeschrieben, nun müssen die Kommunen unterstützt werden, dieses Instrumentarium auch anzuwenden, zu leben. Vielleicht ein landesweiter Zukunftsrat.

9.2 Haushaltspolitik und Verwaltungsmanagement

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Aussagen zur Kreditbeschaffung der öffentlichen Hand müssen ergänzt werden. Es sollten auch ethische Aspekte bei der (Kapital-)Beschaffung und nicht nur „harte“ Kriterien herangezogen werden. Aber Kommunalkredite müssen den Vorgaben des Haushaltsrechtes, der Sparsamkeit und der Wirtschaftlichkeit entsprechen.
- Definition und Operationalisierung des Begriffs der Nachhaltigkeit im Haushaltsrecht, damit z.B. bei der Beschaffung nicht nur kurzfristige monetäre Kriterien von den Beschaffern herangezogen werden.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Finanzielle Sicherung der Einrichtungen und Strukturen, die - zumeist ehrenamtlich – jene Aufgaben erfüllen, die die öffentliche Hand nicht mehr selber leisten kann, aber vollzogen sehen will.
- Ein finanzpolitischer Generationencheck ist als Maßnahme zu konzipieren und einzuführen. Dieser soll abbilden, ob Ausgaben und insbesondere Neuverschuldungen im Sinne der Generationengerechtigkeit vernünftig und zu rechtfertigen sind.

9.3 Förderpolitik

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Die Darstellung der Ausgangssituation ist gut gelungen. Sie bringt die Herausforderungen, vor denen das Land Brandenburg steht, gut auf den Punkt. Andererseits sagte Ministerin Tack in ihrer Rede ja selbst, dass „eine gute Kommune selbst für sich sorgt“. Dieses Prinzip sollte auch für das Land Brandenburg gelten. Wir müssen eben gucken, wie wir mit den vorhandenen Mitteln zurechtkommen.
- Die Ziele sind sehr hoch gesteckt. Das ist natürlich prinzipiell positiv, jedoch sollte im Konkreten geschaut werden, was denn hinter den Zielen steckt. Was versteht man zum Beispiel unter „Abbau nicht nachhaltig wirkender Subventionen“? Was bedeutet „allge-



meines Gerechtigkeitsempfinden“? Was sind Indikatoren für die Erreichung dieser Ziele? Das müsste definiert werden.

- Statt von „neuen Technologien“ zu sprechen, sollte besser der Begriff der „Innovationen“ verwendet werden. Das würde auch Dienstleistungen und andere Geschäftsfelder umfassen. Es sollte sich nicht nur auf Technologien beschränkt werden.
- Gerade das erste Ziel zur Initiierung nachhaltiger Entwicklungsprozesse“ muss nachgeschärft werden. Wer bestimmt den Nutzen von Fördermitteln? Welche Branchen sollen gefördert werden?
- Die Zielvorstellungen im Unterkapitel „Zukunftsfähigkeit“ sind insgesamt gut und sinnvoll. Allerdings sollte noch einmal kritisch geprüft werden, welchen Handlungsspielraum Brandenburg hier überhaupt im Einzelnen hat. Vieles wird auch auf Bunde- bzw. auf EU-Ebene festgelegt.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Die Standards für Wohnraum- und Gebäudeförderung sind schon sehr hoch. Diese Maßnahme hier aufzunehmen macht nur Sinn, wenn wir uns noch höhere und innovativere Ziele auferlegen, als die, die bislang schon gelten. Das löst allerdings ggf. Zielkonflikte mit der kommunalen Umsetzung aus. Daher die Empfehlung, diese Maßnahme aus dem Katalog zu entfernen, so keine schlüssige Begründung nachgereicht werden kann.
- Die Überarbeitung der praktizierten Nachhaltigkeitsprüfung ist sehr sinnvoll. Das sollte allerdings nicht nur auf den EFRE angewendet werden, sondern auf alle relevanten EU-Fonds. Was kann von EFRE auf andere Fonds übertragen werden? Eine Nachhaltigkeitsprüfung für alle drei Dimensionen (sozial, ökonomisch, ökologisch) wäre gut. Branchenspezifische Checklisten könnten hier gut unterstützen.
- Schon bei der Auswertung eines Förderantrages muss auf die langfristige Tragfähigkeit geachtet werden und zwar sehr viel stärker als bisher. In Berlin gibt es ein EFRE-Projekt („Wirtschaftsdienliche Maßnahmen“), das schon in den ersten drei Jahren sehr stark darauf achtet, dass ausreichend private Mittel mit in das Projekt einfließen. Auf Bildungsprojekte bezogen könnte Nachhaltigkeit bedeuten, dass die ausgebildeten Fachkräfte der Region erhalten bleiben.
- Der derzeitige „Siegel-Dschungel“ muss überprüft werden. Sowohl Unternehmen als auch Konsumentinnen und Konsumenten brauchen klare Empfehlungen, welche Zertifizierung für was steht. Die Zulassung weiterer, niedrigschwelliger Siegel, wie z.B. der „europäischen Blume“ ist sinnvoll, um die Hemmschwellen für Unternehmen zu senken. Dies sollte nicht als Alternative der EMAS-Zertifizierung, sondern als Ergänzung geschehen. Dabei sollten nicht nur Umweltsiegel, sondern auch Siegel anderer Dimensionen beachtet werden. Baden-Württemberg macht das derzeit ganz gut, indem es u.a. auf CSR-Kriterien setzt.

- Die bereits beschriebenen Maßnahmen zur Förderpolitik müssen um konkrete Maßnahmen in allen Dimensionen erweitert werden. Das Thema Chancengleichheit, die Fachkräftesicherung oder auch die Kooperation mit Schulen fehlt hier ganz.
- Statt von Anreizen für innovative und zukunftsfähige „Branchen“ zu sprechen, sollte eher die Rede von „Lösungen“ sein. Die hier aufgelisteten Themen sollten als Querschnittsthemen wie folgt formuliert werden: ressourcenschonende Verfahren, Umgang mit Energie, innovative Landnutzung, nachhaltige Bioökonomie, nachhaltige Mobilität, Forschung und Entwicklung Landnutzung, nachhaltige Bioökonomie (sprich zunächst Nahrung) Forschung und Entwicklung (Nutzung und Stärkung der in der Region vorhandenen Forschung und Entwicklung, Vernetzung und Stärkung der Forschung und Entwicklung und regionaler Praxis), Kommunikation und Infrastruktur.
- Die Verknüpfung der verschiedenen Fördertöpfe muss dringend vorangetrieben werden.
- Der Aufbau einer öffentlichkeitswirksamen Datenbank mit allen geförderten Projekten sollte vorangetrieben werden. In Berlin gibt es beispielsweise eine Datenbank auf der sich über Stichworte nach geförderten Projekten suchen lässt. So etwas wäre auch für Brandenburg sinnvoll. Das Land muss dies in Zusammenarbeit mit den Landkreisen in Angriff nehmen, um die regionale Verankerung zu gewährleisten. Ein Beispiel ist auch die Seite "www.nachhaltig-in-brandenburg.de". Allerdings muss so eine Seite visuell, ansprechend gestaltet werden, um Emotionen zu erzeugen.
- Die regionale Wertschöpfung wird gestärkt, indem nicht Großkonzerne, sondern lokale Betriebe gefördert werden. Bei der Förderung von Windparks kann zum Beispiel darauf geachtet werden, dass nicht überregionale Konzerne, sondern regionale Konzepte beachtet werden. Hierfür müssen zwingend auch die Vergabekriterien überprüft werden. Entscheidend für den Zuschlag sollte also nicht nur der Preis, sondern auch die Regionalität sein.
- Alternative Förderinstrumente könnten bspw. Partizipation der Bürgerinnen und Bürger stärken. Fondsübergreifende „Bottom-up-Ansätze“ sollten ermöglicht werden.

10 Handlungsschwerpunkt: Bildung für nachhaltige Entwicklung

10.1 Nachhaltige Bildung (NB)

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Erwachsenenbildung und der Bereich der frühkindlichen Bildung fehlen in der Strategie noch, sie sind aber beide für nachhaltige Bildung sehr wichtig.
- Chancengleichheit ist noch nicht stark genug berücksichtigt: Kinder von Hartz IV Empfängern können zum Beispiel an keinen außerschulischen Bildungsmaßnahmen teilnehmen. Nachhaltige Bildung muss aber für alle gewährleistet werden.

- Inklusion wird zu stark institutionell gesehen. Inklusion kann als ein Element genutzt werden, um miteinander ins Gespräch zu kommen (Partizipation leben) zur Frage, wie wir miteinander leben wollen.
- Nachhaltige Bildung muss über etablierte Bildungssysteme hinaus für alle Teile der Gesellschaft gelten. Der Fokus des Handlungsfelds liegt jedoch sehr stark auf den Bildungsinstitutionen. Wichtig sind darüber hinaus außerschulische Lernorte, wo Jugendliche auch Fähigkeiten wie zum Beispiel die Moderation zwischen unterschiedlichen Perspektiven lernen können.
- Für den Handlungsschwerpunkt Bildung für nachhaltige Entwicklung sollte die Vision davon gestärkt werden, welchen Beitrag Bildung zukünftig leisten sollte. Die Vision ist zwar beschrieben (Handlungsbedarf), aber sehr schwammig und allgemein.
- Wir brauchen eine Haltungsänderung in der Gesellschaft was Sozialkompetenzen angeht: Wir sollten alle reflektieren, wie wir miteinander umgehen und welche Vorbilder wir dadurch für Jugendliche schaffen. Als Erwachsene müssen wir selbst wieder mehr Verantwortung übernehmen, anstatt uns nur darauf zu fokussieren, welche Sozialkompetenzen unsere Kinder und Jugendlichen zu lernen haben – Soziales Lernen findet nicht nur in der Schule statt. Dies wird in der Strategie noch nicht genug deutlich.
- Es besteht ein Zielkonflikt zwischen dem weiteren Bildungsbegriff (z. B. im Handlungsfeld Fachkräftesicherung) und Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Der Bildungsbegriff in der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist noch nicht geschärft genug.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Die Maßnahmen sind alle noch viel zu vage formuliert und könnten durchaus auch im Teil vorher stehen (es sind eher Ziele als Maßnahmen). Außerdem fehlen wirklich neue Ideen.
- Die Partizipation von Schülerinnen und Schülern sollte nicht nur stärker angeregt, sondern etabliert und langfristig gesichert werden. Sie sollte sich zudem nicht nur auf die Schule beziehen, sondern auch darüber hinausgehen (zum Beispiel Schülervertretungsgremien auf regionaler und Landesebene). Denn Partizipation ist nicht nur ein Mitbestimmungsinstrument, sondern entwickelt auch Schlüsselkompetenzen von Schülerinnen und Schülern.
- Bildung sollte bereits im frühkindlichen Alter erfolgen. Bereits hier sollten u.a. Sozialkompetenzen vermittelt werden, auch zum Beispiel durch generationenübergreifenden Austausch. Derzeit sind keine Maßnahmen hierzu formuliert.
- Ergänzend zur Gewährleistung des ortsnahen Grundschulgesetzes sollten auch Maßnahmen überlegt werden, die die Bildung von Kindern außerhalb des Schulsystems sicherstellt. Zum Beispiel durch Wissensvermittlung zwischen Alten und Kindern in dörflichen Gemeinschaften. Das Schulsystem könnte durch solche innovativen Maßnahmen,

die auf einer Offenheit zwischen Schulen und Gemeinschaft basieren, zukünftig auch das Gemeinwesen stärken.

- Es sollte eine stärkere Vernetzung von Bildungsakteuren untereinander stattfinden, zum Beispiel im Rahmen eines zu etablierenden „Netzwerks für Nachhaltiges Lernen“. Hier sollten sich alle Bildungsakteure – Schuldirektorinnen und Schuldirektoren, Lehrerinnen und Lehrer, Kindergärtnerinnen und Kindergärtner, etc. – miteinander austauschen, um sich gegenseitig zu inspirieren und voneinander zu lernen („Wie wird woanders gelernt?“). So ein Netzwerk könnte zusätzlich inhaltlich auf Bildung für Nachhaltige Entwicklung fokussiert sein.
- Es sollte eine konkrete Maßnahme entwickelt werden, die noch wirkungsvoller als heute das Teilhabepaket der Bundesregierung, Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich gewährleistet.
- Kooperation von Schulen mit Vereinen und Verbänden sollten nicht nur auf freiwilligem Engagement bestehen. Kooperationen und Vernetzung sollten darüber hinaus auch mit anderen Akteuren stattfinden (Unternehmen, Hochschulen, etc.) Als Projektbeispiel könnte hier die Glöwenschule in Glöwen gelten, die bereits eine starke Vernetzung umsetzt.
- Die Initiierung von Modellprojekten zur Stärkung innovativer Lernkulturen sollte auch unter Nutzung von internationalen Projektbeispielen aus anderen Ländern erfolgen (international geschieht bereits sehr viel unter dem Stichwort „Whole School Approach“). Als Vorbild für Kooperationen zwischen Schulen und anderen Institutionen kann zum Beispiel das Projekt „Democratic City“ aus Israel gelten.
- Es sollte ein Schulprofil „Nachhaltige Schule“ entwickelt werden, das als solches auch staatlich anerkannt wird. Ähnlich der Hochschule in Eberswalde, könnten sich solche Schulen auf Bildung für Nachhaltige Entwicklung spezialisieren.
- Für Lehrer sollten freiwillige Supervisionsangebote etabliert werden.
- Es ist ganz toll, dass die Förderung der Internationalisierung des Bildungswesens eine so große Bedeutung hat in der Landesnachhaltigkeitsstrategie.

10.2 Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)

Was ist Ihre Meinung zum Leitbild und den Zielen?

- Die Ausführungen zu „Handlungsbedarf“ sind nicht systematisch geordnet. Zum Bereich der Elementarpädagogik fehlen Ausführungen.
- Bei der Beschreibung der Ausgangssituation wird zwar richtig etwas zu der Art und Weise der Gestaltung der Bildungsinhalte gesagt, aber weder in den Zielen noch in den Maßnahmen wird dies konkret aufgegriffen und ableitend etwas ausgeführt.
- Eine Diskussion entwickelt sich zu den benannten Zielkonflikten: der Konflikt öffentliche / private Schule wird z.T. nicht so gesehen bzw. man müsste deutlicher machen, worum es genau gehen soll. Unklar ist bei der Beschreibung des Zielkonflikts auch die Bezugnahme auf ehrenamtliche Aktivitäten.

- Weiterer Zielkonflikt, der fehlt: Selbstverständnis einer Schule als Funktionsträger versus Selbstverständnis als Teil eines Bildungsnetzwerks zum Wohle der Lernenden.
- Weiterer Zielkonflikt, der fehlt: Selbstverständnis einer Schule als Funktionsträger versus Selbstverständnis als Teil eines Bildungsnetzwerks zum Wohle der Lernenden.
- Überschrift des Gesamtkapitels: Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist unglücklich gewählt, weil die Handlungsfelder nicht vollständig abgebildet sind, sondern nur das Handlungsfeld 2 nennt. Zu überlegen ist, ob man nicht wieder als Gesamtüberschrift „Regionale Bildungslandschaften“ wählt.
- Ziele und Maßnahmen erfassen Aussagen, die eigentlich eher zur Ausgangssituation passen. Hier müsste man umschichten.
- Der Begriff „Nachhaltige Bildung“ ist schwierig. Eine Alternative wäre: Gerechtes Bildungssystem. Der Proporz der Handlungsfelder stimmt nicht, weil dem Thema „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ zu wenig Raum gegeben wird. Die zu „Nachhaltige Bildung“ beschriebenen Ziele sind aber auch zu wenig visionär.
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung ist eine Querschnittsaufgabe. Das kommt in dem Papier nur ungenügend zum Ausdruck. Der Bildungsaspekt müsste in alle Handlungsfelder eingebracht werden, wo er eine Rolle spielt. Auch der Aspekt der Partizipation als Querschnittsthema kommt zu kurz.

Wie schätzen Sie die im Entwurf beschriebenen Maßnahmen ein?

- Maßnahme muss auch die Schaffung eines Bewusstseins für Interdisziplinarität sein. Insofern wäre die dritte Maßnahme auszubauen.
 - Die Maßnahme zur Formierung von Bildungslandschaften sollte ergänzt werden um die Unterstützung auch von regionalen Koordinierungsstellen. Die Bildungsverantwortlichen aller Ebenen in den Regionen müssen mit dem Ziel der Schaffung einer stabilen Struktur für die Vermittlung von BNE zusammenarbeiten.
- A photograph showing a group of approximately 15-20 people seated around a large table covered with a white tablecloth. They appear to be in a meeting or workshop setting, with some looking towards the camera and others engaged in conversation. The room has a modern, professional feel with dark chairs and a light-colored wall.
- Es müsste ein Hinweis auf das Handlungsfeld Soziale Zusammenarbeit (S. 34) erfolgen. Die Maßnahme dort muss unbedingt konkretisiert werden. Es ist der Aspekt hinzuzufügen, dass BNE einen Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung leisten kann. Entsprechend könnte im Handlungsfeld BNE auf die Zusammenarbeit aller Netzwerke in dem Raum verwiesen werden.
 - Es fehlt eine Maßnahme, die darauf zielt, für Kinder und Jugendliche die Teilnahme an partizipativen Prozessen auf regionaler Ebene zu ermöglichen.

- "Die Bezüge zum Landesaktionsplan und Weltaktionsprogramm müssten hergestellt werden sowohl in den Zielen als auch in den Maßnahmen. Zum Weltaktionsprogramm betrifft dies insbesondere die Aspekte: neue Lehrformen, BNE affiziert gesamte Institution, lokaler Ansatz
- Die Maßnahme im 6. Spiegelstrich sollte deutlicher auch die ehrenamtlich Tätigen bzw. all die Menschen erfassen, die interessiert an BNE und deren Vermittlung sind. Diese sollten sich als Angesprochene wiederfinden.
- Im Handlungsfeld „Gute Arbeit“, Fachkräftesicherung und Stärkung...“ sollte bei der Maßnahme: „Sicherung einer frühen und kontinuierlichen Bildungsbeteiligung“ ein Querbezug zur BNE hergestellt werden. Es kann nicht nur um den wirtschaftlichen Aspekt gehen, sondern Bildung muss auch als Bildung für Nachhaltige Entwicklung begriffen werden.
- Bei den Maßnahmen muss auch die Förderbarkeit von regionalen Bildungslandschaften im Rahmen des Europäischen Sozialfonds aufgeführt werden.
- Es muss ein klarerer Bezug zwischen Maßnahmen und Zielen hergestellt werden. Dazu könnte man die Ziele in Anstrichen formulieren. Diese müssten dann stückweise bei den Maßnahmen abgearbeitet werden.
- Es sollten die Maßnahmen anders strukturiert werden: Überschrift im Fettdruck und danach die Maßnahmen. In Bezug auf die Maßnahmen zu Bildungslandschaften wären folgende Aspekte zu ergänzen: Bildungsakteure und die potenzielle Träger von Bildungsaktivitäten werden motiviert, BNE zu machen (z.B. auch Kulturinstitutionen). Es geht nicht nur darum die – wie bisher formuliert – die jetzt schon als Akteur BNE unterwegs sind, zu Netzwerken zusammenzuschließen.

11. Welche allgemeinen Anregungen haben Sie für die Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie?

Vorbildfunktion der Verwaltung

- Bei „Öffentliche Einrichtungen sollen nachhaltig konsumieren“ (s. S. 63) sollte ergänzt werden: im Bereich Ernährung, konkret Kantinen in Schulen, Kindergärten, Unis, Verwaltung. Vorzugsweise regionale und ökologische Nahrungsmittel.
- Eine „kommunale Experimentierklausel“ könnte Kommunen die Möglichkeit geben, für die aus ihrer Sicht passenden Möglichkeiten Strukturen aufzubauen (z.B. PV statt Wind).
- Nachhaltigkeit wird immer in die Verantwortung der anderen verschoben. Alle Akteure sollten bei sich anfangen, auch die Landesregierung selbst (Vorbild Landesregierung und öffentliche Hand).

Sonstige

- Es müssen noch mehr Beispiele für gelungene Nachhaltigkeitsmaßnahmen außerhalb des Hinweises auf Bauen etc. genommen werden. Es gibt im Bildungsbereich auch gute Beispiele.
- Der Beirat könnte um einen erweiterten Managementkreis ergänzt werden, der thematisch fokussiert zu einzelnen Themen zusammenkommt und tagt und die Umsetzung der Landesnachhaltigkeitsstrategie begleitet.
- Hinweis zu geltendem Recht: „Sicherung hoher Bewirtschaftungsstandards im Landeswald“ (S. 63). Hier hat der Schutz der Erholungsfunktion Vorrang vor der wirtschaftlichen Nutzung (Vgl. Landeswaldgesetz).
- Am Tisch wurde ganz konkret der Wunsch geäußert, den Dialog – auch außerhalb der organisierten Strukturen – weiter zu führen.
- Das Bild vorne auf dem Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie suggeriert, dass es bei Nachhaltigkeit nur um „ökologische“ Themen geht. Da fallen die soziale und die ökonomische Dimension, wie immer, hinten runter.
- Die Internationalisierungskomponente darf nicht vergessen werden. Welche Rolle spielt Polen als direkter Nachbar Brandenburgs?
- Es sollte ein klarer Bezug im Abschnitt C zu den vorherigen Abschnitten und den genannten Maßnahmen hergestellt werden.
- Vor der Fortschreibung der Strategie ist die künftige Entwicklung anhand der vorhandenen Szenarien zu ermitteln

Vernetzung

- Maßnahme aus Handlungsfeld Partizipation bei der Produktentwicklung sollte auch in Kapitel C aufgegriffen werden: „Prüfung und Unterstützung einer themenübergreifenden Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, etwa über ein Nachhaltigkeitszentrum, Nachhaltigkeitskonferenzen, einen Tag bzw. eine Woche der Nachhaltigkeit, über regionale Netzwerke und Bildungslandschaften“
- Zum Punkt "Nachhaltigkeitszentrum" (Handlungsfeld Partizipation in der Produktentwicklung...): Hier müssen konkrete Aufgaben und Zuständigkeiten definiert, vergeben und koordiniert werden. Das Nachhaltigkeitszentrum hat eine beratende Funktion und muss angehört werden. Es muss leistungsfähig sein und die gesamte Komplexität einer nachhaltigen Entwicklung in Brandenburg bewältigen können (d.h. nicht an eine Landesinstitution angedockt sein, sondern an eine neutrale Organisation).

Monitoring & Indikatoren

- Konkretisierung der Abrechenbarkeit: Wie werden die Indikatoren in der Endfassung berücksichtigt und wie sieht es mit der konkreten Umsetzung aus? Es sollte eine klare

Nachhaltigkeitsprüfung und ein kohärentes Monitoringsystem eingebaut werden. Wie sieht der Prozess dorthin aus?

- Ressortübergreifende Ombudsstelle/neutrale Schiedsstelle einrichten als Anlaufstelle für offensichtliche Überschreitungen der Nachhaltigkeitsrichtlinien innerhalb der Verwaltung.
- Maßnahme aus Handlungsfeld Partizipation bei der Produktentwicklung. "Erarbeitung von Monitoringinstrumenten..." im Kapitel C aufgreifen.
- Im Ausblick (S. 65) wird auf das Nachhaltigkeitsmanagement eingegangen. Hier sollte beschrieben werden, wie wir ein wirkliches Management erreichen können.
- Verteilung von Fördergeldern sollte überprüft werden. Geht das in die richtige Richtung? Bei der Förderung der Solarenergie hat sich Einiges in die falsche Richtung entwickelt. Daher sollte bei der Umsetzung geschaut werden, ob auch das im Sinne der Nachhaltigkeit herauskommt, was man ursprünglich gedacht hat.
- Die Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte eine möglichst große Verbindlichkeit haben. Alle anderen Strategien und Maßnahmen sollen sich danach richten bzw. daran gemessen.
- Es sollte Indikatoren und Kriterien geben, um später prüfen zu können, ob sich etwas getan hat.
- Die Indikatoren müssten nach den Maßnahmen gebracht werden. Das ist „State of the art“.
- Eine reine „Bestandsaufnahme“ reicht bei den abrechenbaren Zielen und Indikatoren nicht aus. Es muss zumindest eine zeitliche Einschätzung dazu gegeben werden, wann die Umsetzung konkret angegangen werden soll.
- Der konkrete Fahrplan zur Umsetzung fehlt hier. Warum wurde er aus der Landesnachhaltigkeitsstrategie herausgenommen? Gemessen wird der Erfolg der Landesnachhaltigkeitsstrategie letztendlich an der Umsetzung. Die jetzigen fünf Seiten geben keinen konkreten Überblick über Meilensteine, Indikatoren und einen anvisierten Zeitplan.



Partizipation

- Die parlamentarische Demokratie ist nicht mehr ausreichend. Seit Stuttgart 21 ist deutlich, dass es einer partizipativen Demokratie bedarf.
- Im Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie muss der Begriff Partizipation besser definiert und heruntergebrochen werden, z.B. darf er sich nicht nur auf monetäre Beteiligung beziehen (S. 62).

- Kompetenz zur Umsetzung von Nachhaltigkeit sollte dadurch hergestellt werden, dass die Menschen und Institutionen selbst handeln – und zwar nicht erst, wenn sie betroffen sind, sondern auch schon vorher.
- Die Bürger müssen darauf vertrauen können, dass bei Entscheidungen die Landesnachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt wird und dass die Verfahren transparent umgesetzt werden.
- Im Abschnitt „Ausblick auf die weitere Politik“ sollte stärker auf folgende Fragen eingegangen werden – Welche zivilgesellschaftlichen Strukturen werden unterstützt, damit die Umsetzung möglich ist? Wie wird dies von der Kommune bis zur Landesebene verankert?
- Flexibilität der Landesnachhaltigkeitsstrategie darf nicht zu einer Unverbindlichkeit führen. Ein gemeinsames Verständnis als klare Leitplanke ist notwendig, damit Interessensvertreter im Prozess nicht zu viel Gewicht bekommen können. Denn die Beteiligung der Bürger ist praktisch nicht kontinuierlich möglich. Wichtig ist, dass die Partizipation auch im Laufe des Prozesses ernstgenommen wird.
- Über 17.000 Vereine existieren in Brandenburg. Dies ist wichtiges Potenzial für lebenswerte Städte und Dörfer und sollte stärker in der Landesnachhaltigkeitsstrategie vertreten sein. Mit wenigen finanziellen Mitteln wird hier bereits viel angestoßen.
- Die Formulierung „Bürger mitzunehmen“ ist missverständlich. Der Begriff Partizipation in der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist daher noch anzupassen. Zukunftsfähigkeit hat etwas mit Autonomie zu tun. Akzeptanz und auch Teilhabe sind wichtig.

Kommunikation / Die Umsetzung auf den Weg bringen

- Strategie müsste schlanker sein, lesefreundlicher für die Zielgruppe, müsste die Vision voranstellen und dann den Schwerpunkt auf Maßnahmen legen; es gibt zu viele Erläuterungen und Begründungen Evtl. ein „Maßnahmenpaket“ mit Zuständigkeiten, Terminen etc. anhängen.
- Die Strategie sollte sich klar als Arbeitsauftrag an die Landesregierung richten, nach der Verabschiedung muss eine „Lesefassung“ für die Bürger entstehen. Denn auch diese müssen ihr Handeln reflektieren und ggf. ändern. Hierzu soll ein Kommunikationskonzept erstellt und umgesetzt werden.
- Es ist keine Vision erkennbar, diese ist aber erforderlich, um Ziele und Maßnahmen zu entwickeln und auch zu vermitteln. Als Beispiel eignen sich die Millenniumsziele. Diese Strategie ist so nicht funktionsfähig.
- Wer leitet, steuert den weiteren Prozess? Die Landesregierung will dies tun und damit auch ihren Führungsanspruch dokumentieren. Aber andere, z.B. Kommunen werden sich diesem Führungsanspruch nicht ohne weiteres unterwerfen. Da sich die Landesregierung selbst in die Pflicht nimmt, tut sie sich auch schwer damit, abrechenbare Maßnahmen und Ziele zu formulieren. Ansätze anderer Bundesländer, die spezielle „Gremien“ für die Steuerung geschaffen haben, sollten auch für Brandenburg geprüft werden.

- Gezielte Kommunikationsstrategie zum Ansprechen der Unternehmen entwickeln, um diese für Nachhaltigkeit stärker zu sensibilisieren.
- Die Vision und die Ziele sollten noch stärker fokussiert und einfach formuliert als Zusammenfassung an den Anfang der Landesnachhaltigkeitsstrategie gestellt werden.
- Konkrete Finanzierungsquellen müssen in der Landesnachhaltigkeitsstrategie benannt werden. Kleine Vereine erhalten beispielsweise keine EU-Mittel und sind zwingend auf die Unterstützung der Landesregierung angewiesen. Auch der Aufwand, einen Verein zu gründen, sollte minimiert werden.
- Die Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte dazu genutzt werden, Zuständigkeitsgrenzen zu überwinden (in den Fachressorts, in den Verbänden etc.): ganzheitliche Betrachtung.
- Es sollten bereits Kinder und Jugendliche für das Thema sensibilisiert werden. Das unterstützt eine erfolgreiche Umsetzung.
- Insgesamt sollten Möglichkeiten gesucht werden, um Multiplikatoren für das Thema zu bilden und deren Kompetenzen zu stärken, z.B. durch Schulungen in Schulen, Kommunalverwaltung.
- Um die Landesnachhaltigkeitsstrategie in den Briefkasten des Nachbarn zu werfen, besagte die Tischmeinung, dass der Text kürzer sein sollte. Es sollte eine kürzere Version der Landesnachhaltigkeitsstrategie geben, die auch Grafiken enthält.
- Die zentrale Frage ist, wie wir die Nachhaltigkeit in die Köpfe der Menschen bekommen.

Strukturen und Mechanismen für die Umsetzung

- Die Kapitel in der Landesnachhaltigkeitsstrategie sollten Gesetzesbezug haben und die Regelungen aufgreifen, auf die sich die Aspekte beziehen.
- Die 6 Ps (*aus dem Eckpunktepapier des Beirats für Nachhaltige Entwicklung*) fehlen. Es wäre wichtig, dass sie wieder aufgenommen werden. Hier gilt es, mehr Strategie zu wagen.
- Ein „Nachhaltigkeitscheck“ muss in der Landesnachhaltigkeitsstrategie verankert werden. Alle zukünftigen Gesetzesvorhaben sollen auf Nachhaltigkeit geprüft werden. Die zu erarbeitenden Indikatoren sind hier als Prüfsteine zu verwenden.
- Die Landesnachhaltigkeitsstrategie sollte ein kontinuierlicher Prozess sein. In der Umsetzung müssen auch Zwischenlösungen möglich sein.
- Die Strategie macht insgesamt einen fundierten Eindruck. Die Anknüpfung an den Nachhaltigkeitsdiskurs ist gut. Es sind klare Begriffe gewählt. Bei den Handlungsschwerpunkten ist gut, dass die Beziehungen zueinander bzw. untereinander formuliert sind. Das könnte noch vertieft werden. Zu vermeiden ist das Wort „Humanressource“.
- Es sollten Aufgabenzuschreibungen einheitlich für alle Ministerien erfolgen. Das ist im Augenblick noch zu uneinheitlich. Oder man formuliert immer: die Landesregierung.

- Gut ist, dass konkrete Maßnahmen benannt sind. Sie sind aber häufig zu kleinteilig, zu kurz gegriffen und kein großer Schritt nach vorne. Es sind häufig „nur“ Maßnahmen, die gut ins Budget passen.
- An wen richtet sich die Landesnachhaltigkeitsstrategie? Das wird in Kapitel A noch nicht eindeutig klar. Die Empfehlung wäre, dass die Landesnachhaltigkeitsstrategie als Querschnittsthema direkt in der Staatskanzlei angesiedelt wird und somit bindend für jedes Ressort wird. Wer soll sich daran orientieren? Es müsste klarer formuliert werden, welche Passagen sich an welche Akteure richten.
- Frage der federführenden Zuständigkeit für Nachhaltigkeit (Staatskanzlei, MUGV). Entscheidend ist aber, das Ressortdenken zu überwinden (Bsp. Energie MWE und MIL zuständig). Rückhalt für das federführende Ministerium ist wichtig.
- Es muss prozessorientiert gedacht und gehandelt werden, statt in Fachzuständigkeiten. Bei Leitthemen sollte in die Prozessführung übergegangen werden. Das bedeutet auch, Gelder fachressortübergreifend zu vergeben und zu verwalten.
- Neben quantitativen Indikatoren sollten in der Landesnachhaltigkeitsstrategie zusätzlich auch qualitative Indikatoren stärker verwendet werden (insbesondere Partizipation, regionale Wertschöpfung und Lebensqualität).

12. Programm der Veranstaltung

Uhrzeit	Programmpunkt
ab 9.00	Ankommen der Teilnehmenden
9.30	Begrüßung durch <i>Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg</i>
	Impuls: Nachhaltigkeitspolitik als strategische Aufgabe
9.40	<i>Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer, Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam</i> Im Gespräch mit
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg</i>
10.15	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer, Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam</i> • <i>Prof. Dr. Manfred Stock, Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK) und Vorsitzender des Beirats für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg</i>
11.00	Handlungsfelder des Strategieentwurfs: Sichtung. Diskussion. Kommentierung. Tischdiskussion innerhalb der Themen
12.15	Mittagspause im Fabrik Café
13.15	Maßnahmen im Strategieentwurf: Sichtung. Diskussion. Kommentierung. Tischdiskussion innerhalb der Themen
15.00	Zusammenführen der Ergebnisse, Diskussion im Plenum
	Abschlussrunde
	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Anita Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg</i> • <i>Vertreter der Fraktionen im brandenburgischen Landtags:</i> <ul style="list-style-type: none"> ○ <i>Gerrit Große, MdL, Mitglied des Fraktionsvorstandes der brandenburgischen LINKEN und Vizepräsidentin des Landtages</i> ○ <i>Sven Petke, MdL, CDU Fraktion</i> ○ <i>Marie Luise von Halem, MdL, Bündnis90/Die Grünen</i> • <i>Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer, Zentrum Technik und Gesellschaft an der TU Berlin und stellvertretende Vorsitzende des Beirats für Nachhaltige Entwicklung</i>
16.00	Ende der Veranstaltung

13. Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Name, Vorname	Institution
Ackermann, Holger	Brandenburg 21 e.V.
von der Hellen, Cedric	Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg e.V.
Auster, Regine	Förderverein Haus der Natur in Potsdam e.V.
Batta-Lochau, Martin	Geschäftsstelle des Beirats für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg
Dr. Beck, Frank	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Dr. Beringer, Almut	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Böhnke, Frank	Deutscher Bahnkunden-Verband e.V. , Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.
von Bothmer, Karl-Heinrich	Geschäftsstelle des Beirats für Nachhaltige Entwicklung Brandenburg
Bregulla, Stefan	IHK Potsdam
Claus, Jürgen	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Daschner, Markus	
Prof. Dr. De Haan, Gerhard	Freie Universität Berlin
Denz, Christina	Partizip Futur
Dittmann-Poser, Martina	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Ewert, Anselm	Untere Naturschutzbehörde Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Dr. Faber, Antonia	GFZ-Potsdam
Feldmann, Iris	Bioenergie-Region Ludwigsfelde Plus+
Dr. Feth, Andrea	Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg

Dr. Fierment, Gerold	Brandenburg 21 e.V.
Flömer, Volker	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Franke, Michael	Regionalmanagement LAG Energieregion im Lausitzer Seenland
Froben, Martina	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Gäbler, Tina	Universität Potsdam
Gentzmann, Rene	PRO Bahn e.V.
Gierk, Doreen	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Brandenburg e.V.
Glatzel, Anja	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH
Große, Gerrit	DIE LINKE
Haasis, Valeria	Universität Potsdam
Hackenberger, Michael	Lisum
Dr. Hälsig, Günter	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Haustein, Nicole	Landschaftsplanung
Dr. Heymann, Arnd	Ruppiner Papier & Folienwerke GmbH
Hölzinger, Nadine	Spilett New Technologies GmbH
Kaukel, Hanna	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg
Kaune-Nüßlein, Alrun	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Keller, Heiko	Institut für Public Management
Knauer, Harald	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming
Kolb, Wilfried	Stadt Wildau

König, Theresa	Universität Potsdam
Kossack, Karl-Heinz	ProBahn e.V.
Krause, Ludwig	Stadtfalter.de
Prof. Dr. Kreibich, Rolf	
Dr. Krink, Uwe	
Kuschel, Ansgar	Regionale Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel
Ligner, Peter	Brandenburg 21 - Verein zur nachhaltigen Lokal- und Regionalentwicklung im Land Brandenburg e.V.
Linke, Carsten	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg
Lorenz, I.	Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Lorenz, Wolfgang	Landkreis Potsdam-Mittelmark
Mädlow, Wolfgang	DIE LINKE Landtagsfraktion
Matzke, Florian	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Brandenburg e.V.
Melchert, Ramona	Handwerkskammer Frankfurt (Oder)
Michalk, Thomas	Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Dr. Moss, Timothy	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V.
Müller, Ernst-Alfred	Förderverein FÖN e.V.
Ohm, Peter	Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V.
Pape, Herbert	Handwerkskammer Potsdam
Piek, Marion	Brandenburg 21 e.V.
Piekarski, Jürgen	Gemeinde Kleinmachnow
Pilz, Yvonne	Handwerkskammer Frankfurt (Oder)

Plarre, Waltraud	
Dr. Pohlmann, Martin	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Pötzsch, Heiner	Bioenergiedorf-Coaching e.V.
Preuß, Michael	Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
Prüfer, Uwe	VENROB e.V.
Dr. Rademacher, Jutta	Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Ratsch, Andreas	NABU Berlin e. V.
Dr. Reiß, Stefan	Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Dr. Schäfer, Martina	TU Berlin
Schenker, Richard	
Prof. Dr. Schluchter, Wolf	IST GmbH
Schmitz, Nina	ALLESdrin therap./päd. Trainernetzwerk
Schmitz-Jersch, Friedhelm	Naturschutzbund Deutschland Landesverbund Brandenburg e.V.
Schnauss, Matthias	Büro für nachhaltige Entwicklung
Schneider, Sabine	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Seidler, Dieter	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Spangenberg, Andrea-Liane	Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V.
Sperfeld, Franziska	BUND Brandenburg
Sroka, Joachim	Sroka Stahl- und Anlagenbau UG & Co.KG
Dr. Statz, Albert	

Steinbach, Tilo	Leonardo da Vinci Campus/Arbeitsgemeinschaft Freie Schulen Brandenburg
Steinmetzer-Mann, Carolin	Landtag Brandenburg
Prof. Dr. Stock, Manfred	Potsdam Institute for Climate Impact Research
Strieben, Sonja	Internationaler Jugendgemeinschaftsdienst
Sünderhauf, Rainer	Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung
Tack, Anita	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
Prof. Dr. Dr. Töpfer, Klaus	Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam
Trenel, Matthias	ZebraLog
Viebahn, Sonja	Die NaturFreunde LV Brandenburg e.V.
Walter, Andreas	Büro für Umweltschutz
Prof. Dr. Walz, Ariane	Universität Potsdam
Wankmüller, Dieter	Verein zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft u. der Landschaftspflege (OeLaLa) in Reetz e.V.
Dr. Wehse, Heike	
Wernecke, Herbert	Oranienburger Agenda
Wimmer, Michael	Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e.V.
Wittmann, Ralf	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. / Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Zander, Hubert	AOK Nordost
Zeising, Franziska	
Dr. Zimmer, Andreas	Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH